

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen.

Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsvorleger-Bereins (G. V.) — Springsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/23 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Ob. Rgasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langensudorsdorf bei Herrn Hermann Eiche; in Wolfenbüttel bei Herrn Pinnis Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dähler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirßen.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Aussperrung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder sonstiger Art hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Ersatz der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch Fernwecker aufgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Gleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niedermiera, Obermiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolfenbüttel und Ziegelheim.

Nr. 116

Freitag, den 21. Mai 1926

48. Jahrgang.

Durchführung von Hindenburgs Flaggenerlaß.

Amtlicher Teil.

Folgende im Grundbuche für Waldenburg auf den Namen des **Arthur Otto Robert Wildeck in Waldenburg** eingetragenen Grundstücke sollen

am 13. Juli 1926 vormittags 10 Uhr

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden:

1. Blatt 234, nach dem Flurbuche 1,5 A groß, bestehend aus dem Grundstück Nr. 222 c, auf 9300 RM. geschätzt.

Das Grundstück wurde im Jahre 1922 unter Zugrundelegung der Grundbesitzpreise mit 9200 M. zur Landesbrandkasse eingeschätzt und trägt die Ortslisten-Nr. 242 A für Waldenburg. Bebauet ist es mit einem für Tischlereibetrieb eingerichteten zweistöckigen, unterkellerten Wohn- und Geschäftshaus sowie einem geschlossenen Nebengebäude. Im anschließenden Hof befinden sich Grube und Wäldchen. Das gesamte Anwesen besitzt elektrisch Licht- und Kraftanschluß, ist auch an die städtische Wasserleitung und Schloßkanalisation angeschlossen.

2. Blatt 301, nach dem Flurbuche 0,7 A groß, bestehend aus dem Grundstück Nr. 351, auf 1500 RM. geschätzt.

Das Grundstück ist ein Scheunengrundstück, liegt an der Straße in einer Scheunengasse mit beiderseits gemeinschaftlichem Brandschutzeintrag und trägt die Ortslisten-Nr. 26 A für Waldenburg.

Die Einflucht der Mittelungen des Grundbuchamts sowie der Anlagen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Beschreibungen, ist jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus den Grundstücken sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 5. Mai 1926 verlautbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgelehrt werden würden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Amtsgericht Waldenburg, den 19. Mai 1926.

Reichskanzler Marx kündigte in seiner Regierungserklärung die Fortführung der Politik des Kabinetts Luther an. Abgeordneter Brüninghaus beendete im Untersuchungsausschuß seinen Bericht über die Marinematerie.

Der Reichstag und der preussische Landtag gingen gestern in die Pflanzferien.

Volkskammer v. Hörsch berichtete im auswärtigen Ausschusse über die Verhandlungen der Studientkommission.

Der frühere Reichskanzler Bauer, der wegen der Baronskaffäre aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen war, ist in die Partei wieder aufgenommen worden.

In Breslau hat sich eine Abwehrgemeinschaft gegen die Parteienentzweiung gebildet.

Der Fraktion ist gestern von neuem stark gekürzt.

Die Rikente konzentrieren große Truppenmassen gegen die Spanier.

Waldenburg, 20. Mai 1926.

Der Reichstag ist in die Pfingstferien gegangen, die bis zum 6. Juni dauern sollen. Er will schon am 26. Juni, spätestens am 2. Juli, in die Sommerferien gehen. Damit kehrt man zu den Gebräuchen früherer Zeiten zurück, von denen man in den letzten Jahren notgedrungen abgewichen war, weil der Reichstag mit seinen Arbeiten nicht fertig werden konnte. In diesem Jahre hat er bekanntlich den Staatshaushalt rechtzeitig, d. h. vor dem 1. April, erledigt, und auch sonst liegen keine Vorlagen von überragender politischer Bedeutung vor, die unbedingt zu einem bestimmten Termin zum Abschluß gebracht werden müßten.

Trotzdem wird es in den wenigen Wochen, die der Reichstag vor der großen Sommerpause noch tagen will, an Konfliktstoff nicht fehlen. Die beiden Fragen, die in den letzten Wochen der Streit ging: die Auseinandersetzung mit den Fürstenthümern und die Flaggfrage, harren noch der endgültigen Lösung. Zur Klärung der Auseinandersetzung mit den Fürstenthümern hat bekanntlich schon das Kabinett dem Reichsrat eine Regierungsvorlage zu-

gehen lassen, die im wesentlichen auf derselben Grundlage beruht, wie der von den Regierungsparteien ausgearbeitete Kompromißentwurf. Den gleichen Gegenstand betrifft aber auch der von den Sozialdemokraten und Kommunisten durch Volksbegehren veranlaßte Volksentscheid, der am 20. Juni zur Abstimmung gelangen soll.

Es ist klar, daß die Verhandlungen über die Regierungsvorlage durch den bevorstehenden Volksentscheid nicht gerade günstig beeinflusst werden können. Solange die Entscheidung hierüber schwebt, sind von der Sozialdemokratie keinerlei Zugeständnisse zu erwarten, da sie sich damit zu ihrer Enteignungspolitik in Widerspruch setzen würde. Da die Vorlage aber als Verfassungsänderung eine Zweidrittelmehrheit erfordert, bedarf es zumindest der wohlwollenden Neutralität der Sozialdemokraten, die man von ihr erst erwarten kann, wenn der Volksentscheid ein negatives Ergebnis gehabt hat. Der Endkampf um die Regierungsvorlage ist also erst nach dem 20. Juni, d. h. in der letzten Woche vor den Sommerferien, zu erwarten.

In der Flaggfrage ist von der Regierung eine Vorlage zur Schaffung einer Einheitsflagge in Aussicht gestellt worden. Die Frage sollte möglichst auch noch vor den Sommerferien erledigt werden, sodas dadurch die unfruchtbar Flaggverordnung, die praktisch erst Ende Juli in Kraft treten soll, gegenstandslos werden würde. Die Aussichten zur Lösung dieser Frage sind ebenfalls außerordentlich gering. Auch hier handelt es sich um eine Verfassungsfrage, bei der Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Von sozialdemokratischer Seite ist bereits ein Antrag angekündigt worden, der für die deutschen Auslandsmissionen ausschließlich die schwarz-rot-goldene Flagge vorschreibt. Man wird hieraus schließen dürfen, daß Zugeständnisse von dieser Seite nicht zu erwarten sind. Andererseits hat man auf der rechten Seite gegen die allgemeine Einführung der schwarz-weiß-roten Handelsflagge mit der böch starkem Abneigung, einem Kompromiß, bei dem das Schwarz-rot-gold vorherrschend sein würde, würde man keinesfalls zustimmen. Danach sind die Aussichten für eine Kompromißlösung ungemein gering, und die gut gemeinte Anregung des Reichspräsidenten, endlich den leidigen Flaggstreit aus der Welt zu schaffen, dürfte erfolglos bleiben.

Um die Abrüstung.

Graf Bernstorff legt den deutschen Standpunkt dar.

Die erste Arbeitssitzung der Genfer Abrüstungskommission brachte eine Reihe programmatischer Erklärungen. Der deutsche Vertreter, Graf Bernstorff, führte unter anderem aus, daß die Regierung und die öffentliche Meinung in Deutschland der Abrüstungsfrage großes Interesse entgegenbringen.

Bekanntlich haben am 16. Juli 1919 die Vertreter Deutschlands und der alliierten Mächte einen Schriftwechsel geführt, aus welchem in durchaus klarer Weise hervorgeht, daß die Abrüstung Deutschlands das Vorzeichen einer planmäßigen allgemeinen Abrüstung durch den Völkerbund sein sollte, die übrigens ausdrücklich durch das Protokoll von Locarno vorgezeichnet ist.

Was die deutsche Abrüstung angeht, so erklärte der Redner, daß die durch den Versailler Vertrag übernommen Verpflichtungen vollkommen erfüllt wären und fuhr dann fort:

Wie die Initiative der deutschen Regierung, die zum Locarno-Abkommen geführt hat, zeigt, ist unsere Außenpolitik, wie ich hier erneut feststellen möchte, vollständig von dem Vertrag und dem Geist von Locarno getragen. In dem gleichen Geiste müssen wir an die Lösung der Abrüstungsfrage herangehen, der wichtigsten Frage, die der Völkerbund jemals zu lösen haben wird. Ohne Abrüstung wird der Völkerbund niemals erfolgreich arbeiten können.

Solange auf der einen Seite übermäßig gerüstete Völker sind, und wiederum andere, deren Rüstungen nicht einmal für ihre eigene Sicherheit ausreichen, wird die Durchführung der Völkerbundsatzung erheblichen Schwierigkeiten begegnen.

Im Verlaufe der weiteren Aussprache legten dann Lord Cecil sowie der amerikanische Vertreter Gibson den

Standpunkt ihrer Regierungen über die Abrüstungsfrage dar. Beide betonten die Notwendigkeit der Abrüstung aus wirtschaftlichen und politischen Gründen.

Nach einer kurzen Diskussion, an der Lord Cecil, Paul Boncour und der Belgier Breudere teilnahmen, wurde beschlossen, die Frage 1, nämlich, was man unter Rüstungen zu verstehen habe, einer Unterkommission zu überweisen.

Eine längere Diskussion entspann sich bei Frage 2, nämlich, soll man nur die Kriegsrüstungen oder nur die Friedensrüstungen einschränken. Die Aussprache hierüber wurde am Dienstag weitergeführt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Klud 80 Jahre alt. Generaloberst v. Klud kann am heutigen Donnerstag seinen 80. jährigen Geburtstag feiern. Am 20. Mai 1846 in Münster als Sohn eines Regierungsbaumeisters geboren, machte er 1866 den Mainfeldzug als Fähnrich mit. Im Kriege von 1870-71 erhielt er das Eiserne Kreuz 2. Kl. Zu Beginn des Weltkrieges führte er die erste Armee, die in raschem Siegeslauf durch Belgien und Frankreich bis nahe vor Paris vordrang, sodas die französische Regierung in Eile nach Boulogne flüchtete. Der vorzeitige Abbruch der Marne-Schlacht zwang auch Klud zum Rückzuge, der bis zur Aisne ging, wo dann der Stellungskrieg begann. In dieser Stellung wurde Klud bei Besichtigung eines der vorderen Schützengräben durch einen Schrapnellschuß verwundet. Er lag darauf längere Zeit im Lazarett in Anizy-le-Chateau, bis er in die Heimat zurückgeführt wurde. Sein Nachfolger im Kommando der 1. Armee wurde General v. Fabeck.

Der Kampf um Dr. Neumann. In der Lübecker Bürgerschaft kam es zu einer erregten Auseinandersetzung über das von sozialdemokratischer Seite gegen den Bürgermeister Dr. Neumann beantragte Mißtrauensvotum. Die gesamte bürgerliche Fraktion war bis auf vier Demokraten geschlossen für den Bürgermeister. Über gerade diese vier Demokraten gehen bei einem Stimmenverhältnis von 42 Bürgerlichen zu 38 Sozialdemokraten und Kommunisten den Ausschlag. Die Abstimmung erfolgt erst am 26. Mai, da nach der Verfassung solche Anträge mindestens acht Tage vorher allen Mitgliedern bekannt gemacht werden müssen. Dr. Neumann hat inzwischen wieder sein Amt im Senat übernommen.

Infolge der Zwistigkeiten in der kommunistischen Partei, die zum Ausschluß des Abgeordneten Geitner in Weimar führten, hat sich jetzt unter dem Namen „Kommunistische Arbeitsgemeinschaft“ eine neue Fraktion von drei Mitgliedern im Thüringer Landtag gebildet.

Die schweizerisch-deutschen Handelsvertrags-Verhandlungen werden nächsten Dienstag wieder aufgenommen und zwar in Bern, wohin sich die deutsche Delegation mit den Vertretern der Einzelstaaten begeben wird.

Das Stärkeverhältnis der europäischen Armeen ist nach einer soeben veröffentlichten Statistik des Völkerbundssekretariats folgendes: Europa hat alles in allem 2,623,000 Mann unter den Waffen, während es 1913 4,166,000 Mann hatte. Deutschland hat die größten Einschränkungen vorgenommen (95,000 statt 815,000), Rußland 562,000 statt 1,200,000, Frankreich 641,000 statt 873,000, Italien 230,000 statt 275,000. Nur Großbritannien und die Vereinigten Staaten haben ihre Heeresbestände vermehrt.

Der frühere Reichskanzler Dr. Luther hält sich seit seiner Abreise aus Berlin in Essen-Ruhr auf. Er beschäftigt sich dort als Rechtsanwalt niederzulassen.

Demnächst begeben sich mehrere amerikanische Einwanderungsinspektoren nach den deutschen Auswandererhäusern, um vom 1. Juli d. J. ab dort statt in Ellis Island die Untersuchung der Personen vorzunehmen, die nach den Vereinigten Staaten auswandern wollen.

Nachdem es zweifellos geworden ist, daß das Volksbegehren auf Fürstenteignung nichts anderes bedeutet, als den ersten bolschewistischen Vorstoß gegen das Eigen-